



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ am 12. Januar 2012

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Zunächst wünsche ich Ihnen allen ein gutes neues Jahr. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen, nachdem diese am 3. November und 8. Dezember 2011 um jeweils 25 Basispunkte gesenkt worden waren. Die seit Anfang Dezember verfügbar gewordenen Informationen bestätigen weitgehend unsere vorherige Einschätzung. Die Inflation dürfte noch einige Monate über der 2 %-Marke bleiben, bevor sie auf unter 2 % zurückgeht. Gleichzeitig ist die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor moderat. Die anhaltenden Finanzmarktspannungen wirken sich erwartungsgemäß weiterhin dämpfend auf die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet aus, während es einigen aktuellen Umfrageindikatoren zufolge erste Anzeichen einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau gibt. Die wirtschaftlichen Aussichten sind nach wie vor mit hoher Unsicherheit und beträchtlichen Abwärtsrisiken behaftet. In einem solchen Umfeld sollte der Kosten-, Lohn- und Preisdruck im Euroraum mäßig bleiben, und die Teuerungsraten sollten sich über den geldpolitisch relevanten Zeithorizont im Einklang mit Preisstabilität entwickeln. Insgesamt ist von entscheidender Bedeutung, dass die Geldpolitik auf mittlere Sicht Preisstabilität gewährleistet, um so sicherzustellen, dass die Inflationserwartungen im Euroraum fest auf einem Niveau verankert sind, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Geldpolitik ihren Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Eurogebiet leisten kann. In nächster Zeit ist eine sehr gründliche Analyse aller eingehenden Daten und Entwicklungen geboten.

Die Liquiditätsversorgung und die Zuteilungsart bei den Refinanzierungsgeschäften werden die Banken im Euroraum und damit die Finanzierung der Realwirtschaft weiterhin unterstützen. Die umfangreiche Inanspruchnahme des ersten Refinanzierungsgeschäfts mit dreijähriger Laufzeit zeigt, dass unsere Sondermaßnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Finanzierungssituation der Banken leisten, was sich förderlich auf die Finanzierungsbedingungen und das Vertrauen auswirkt. Darüber hinaus arbeiten wir aktiv an der Umsetzung aller auf unserer Sitzung vom Dezember bekannt gegebenen Maßnahmen, welche die Wirtschaft zusätzlich unterstützen sollten. Wie bereits bei früheren Anlässen dargelegt, sind alle geldpolitischen Sondermaßnahmen vorübergehender Natur.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale BIP im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich im dritten Vierteljahr 2011 um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. Die konjunkturelle Grunddynamik im Eurogebiet scheint derzeit durch eine Reihe von Faktoren gedämpft zu werden. Dazu gehören ein moderates Wachstum der weltweiten Nachfrage sowie ein geringes Vertrauen der Unternehmen und Konsumenten im Euroraum. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage dürfte durch die anhaltenden Spannungen an den Staatsanleihemärkten im Eurogebiet sowie durch den Prozess der Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor gedämpft werden. Gleichzeitig gehen wir weiterhin davon aus, dass sich die Wirtschaftstätigkeit des Euroraums, gestützt durch die Entwicklung der globalen Nachfrage, sehr niedrige kurzfristige Zinsen und sämtliche Maßnahmen zur Unterstützung der Funktionsfähigkeit des Finanzsektors, im Laufe dieses Jahres erholen wird, wenn auch nur sehr allmählich.

Nach Auffassung des EZB-Rats bestehen in einem von hoher Unsicherheit geprägten Umfeld nach wie vor beträchtliche Abwärtsrisiken für den Wirtschaftsausblick im Euroraum. Sie ergeben sich vor allem aus einer weiteren Verstärkung der Spannungen an den Staatsanleihemärkten des Eurogebiets und ihrem möglichen Übergreifen auf die Realwirtschaft des Euroraums. Ferner erwachsen Abwärtsrisiken aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung, Protektionismusbestrebungen und der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so belief sich die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Eurogebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Dezember 2011 auf 2,8 %, nachdem sie in den vorangegangenen drei Monaten bei 3,0 % gelegen hatte. Dieser Rückgang war erwartet worden und spiegelt einen von den Energiepreisen ausgehenden abwärtsgerichteten Basiseffekt wider. Die Preissteigerungsraten befinden sich seit Ende 2010 auf einem erhöhten Niveau, was vor allem auf die Verteuerung von Energie und sonstigen Rohstoffen zurückzuführen ist. Mit Blick auf

die Zukunft dürften sie noch einige Monate über der 2 %-Marke bleiben, bevor sie auf unter 2 % fallen. In diesem Verlauf schlägt sich die Erwartung nieder, dass der zugrunde liegende Kosten-, Lohn- und Preisdruck im Euroraum vor dem Hintergrund eines schwächeren Wirtschaftswachstums im Eurogebiet und in der übrigen Welt moderat bleiben dürfte.

Der EZB-Rat ist weiterhin der Auffassung, dass die Risiken in Bezug auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisentwicklung weitgehend ausgewogen sind. Aufwärtsrisiken bestehen in erster Linie im Zusammenhang mit weiteren Erhöhungen der indirekten Steuern und administrierten Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung sowie einem möglichen Anstieg der Rohstoffpreise. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus den Auswirkungen eines schwächer als erwartet ausfallenden Wachstums im Eurogebiet und in der übrigen Welt.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, ist die Grunddynamik der monetären Expansion aus der angemessenen mittelfristigen Perspektive betrachtet weiterhin moderat. Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 ging von 2,6 % im Oktober 2011 auf 2,0 % im November zurück. Wie bereits in den vorangegangenen drei Monaten wurde die Geldmengenentwicklung im November durch die erhöhte Unsicherheit an den Finanzmärkten beeinflusst.

Die jährliche Zuwachsrate der Buchkredite an den privaten Sektor, bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen, sank im November auf 1,9 % nach 3,0 % im Oktober. Die Jahreswachstumsraten der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und an private Haushalte, bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen, verlangsamten sich im November jeweils und beliefen sich auf 1,8 % bzw. 2,3 %, wobei im Fall der MFI-Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften geringe monatliche Abflüsse zu verzeichnen waren. Insgesamt deuten die Daten zur Kreditvergabe trotz der Abschwächung des Kreditwachstums bislang nicht darauf hin, dass die erhöhten Spannungen an den Finanzmärkten im Zeitraum bis November zu einer umfangreichen Einschränkung der Kreditgewährung im gesamten Eurogebiet geführt haben. Da Auswirkungen auf das Kreditangebot jedoch mit einer zeitlichen Verzögerung auftreten können, muss die Kreditentwicklung in nächster Zeit aufmerksam verfolgt werden.

Die Solidität der Bankbilanzen wird, unterstützt durch die Anhebung der Eigenkapitalposition, von wesentlicher Bedeutung sein, wenn es darum geht, im Zeitverlauf eine angemessene Bereitstellung von Krediten an die Wirtschaft zu erleichtern. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Umsetzung der Rekapitalisierungspläne der Banken nicht zu Entwicklungen führt, welche die Finanzierung der Wirtschaftstätigkeit im Euroraum beeinträchtigen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die eingehenden Informationen unsere vorherige Einschätzung weitgehend bestätigen. Die Inflation dürfte noch einige Monate über der 2 %-Marke bleiben, bevor sie auf unter 2 % zurückgeht. Die anhaltenden Finanzmarktspannungen wirken sich erwartungsgemäß weiterhin dämpfend auf die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet aus, während es einigen aktuellen Umfrageindikatoren zufolge erste Anzeichen einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau gibt. Die wirtschaftlichen Aussichten sind nach wie vor mit hoher Unsicherheit und beträchtlichen Abwärtsrisiken behaftet. In einem solchen Umfeld sollte der Kosten-, Lohn- und Preisdruck im Euroraum mäßig bleiben, und die Teuerungsraten sollten sich über den geldpolitisch relevanten Zeithorizont im Einklang mit Preisstabilität entwickeln. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild, wobei die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor moderat ist.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so müssen die Regierungen des Euro-Währungsgebiets alles daran setzen, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu fördern, indem sie die übermäßigen Defizite entsprechend den vereinbarten Zeitplänen korrigieren und mittelfristig einen strukturell ausgeglichenen Haushalt oder einen Überschuss erreichen. Fehlentwicklungen, die bei der Umsetzung von Konsolidierungsplänen anfälliger Länder auftreten, müssen durch strukturelle Verbesserungen der Haushaltsslage zügig korrigiert werden. Was die kürzlich in Kraft getretenen Neuerungen des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der Europäischen Union betrifft, so spielt die rigorose Umsetzung aller seiner Elemente eine entscheidende Rolle. Nur durch ehrgeizige politische Schritte zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer und haushaltspolitischer Ungleichgewichte wird das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Solidität politischer Maßnahmen gestärkt und damit die Stimmung in der Wirtschaft insgesamt verbessert.

Der EZB-Rat begrüßt die am 9. Dezember 2011 veröffentlichte Vereinbarung des Europäischen Rates, Schritte in Richtung einer stärkeren Wirtschaftsunion zu unternehmen. Der neue haushaltspolitische Pakt, der eine grundlegende Neuformulierung der Haushaltsvorschriften sowie die von den Regierungen der Euro-Länder eingegangenen haushaltspolitischen Verpflichtungen beinhaltet, stellt einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in den Ländern des Euroraums dar. Diese Vorschriften müssen eindeutig und wirksam formuliert werden. Die Weiterentwicklung der europäischen Finanzstabilitätsinstrumente sollte zu einer effizienteren Funktionsweise der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität und des Europäischen Stabilitätsmechanismus führen. Die zügige Bereitstellung dieser Instrumente ist nun dringend erforderlich. Was die Beteiligung des Privatsektors an den Finanzhilfen für verschuldete Länder anbelangt, so begrüßen wir die Bekräftigung, dass die Beschlüsse, die am 21. Juli sowie am

26. und 27. Oktober 2011 zu den griechischen Schulden gefasst wurden, eine einmalige Ausnahme darstellen.

Der EZB-Rat ruft dazu auf, parallel zur Haushaltskonsolidierung mutige und ehrgeizige **Strukturreformen** sofort umzusetzen. Gehen Haushaltskonsolidierung und strukturelle Reformen Hand in Hand, so wird dies das Vertrauen stärken, die Wachstumsaussichten verbessern und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Wichtige Reformen sollten rasch erfolgen und die Länder des Eurogebiets dabei unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die Flexibilität ihrer Volkswirtschaften zu erhöhen und ihr längerfristiges Wachstumspotenzial zu steigern. Was die Gütermärkte angeht, so sollten Reformen in erster Linie darauf ausgerichtet sein, die Märkte vollständig für den stärkeren Wettbewerb zu öffnen. Der Schwerpunkt von Arbeitsmarktreformen sollte auf der Beseitigung von Arbeitsmarktrigiditäten und der Erhöhung der Lohnflexibilität liegen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Direktion Kommunikation

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.